

Stadt	24.01.2024 15:00 Uhr	Umweltausschuss
Oberhausen	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
21. Sitzung des Umweltausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Anwesende

Herr Dr. Jörg Schröer-Tebbe
 Herr Holger Ingendoh
 Herr Frank Bandel
 Frau Karin Dubbert
 Herr Eugen Lenz
 Herr Andreas Völker
 Herr Albin Bajric
 Herr Dominik Sporkmann
 Herr Bürgermeister Manfred Flore
 Frau Denise Horn
 Herr Dietmar Look
 Herr Manuel Otto Prohl
 Herr Bülent Sahin
 Herr Helmuth Konrad Eidam
 Frau Birgit Axt
 Herr Norbert Axt
 Herr Andreas Gadde
 Herr Florian Schröer
 Herr Lion Rudi
 Herr Maximilian Baum
 Herr Ulrich Lütte
 Phillip Jezek

Abwesende

Frau Dr Silke Jacobs
 Herr Thorsten Kamps
 Herr René Pascheberg
 Herr Tim Dobnik
 Frau Margarete Therese Dresen
 Herr Christian Ejodamen
 Cinderella Judemiller

Verwaltung

Stadt Oberhausen	24.01.2024 15:00 Uhr	Umweltausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
21. Sitzung des Umweltausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Gäste

Außerdem

Stadt Oberhausen	24.01.2024 15:00 Uhr	Umweltausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
21. Sitzung des Umweltausschusses Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL

- 1 Bestellung eines Schriftführers
- 2 Haushaltssicherungskonzept 2024 ff.
Vorlage: B/17/4376-02
- 3 Vorberatung Haushalt 2024
Vorlage: B/17/4327-01
- 4 Aktueller Sachstand der Lärmsanierungsmaßnahmen in Oberhausen im Rahmen der Umsetzung des Bundesprogramms „Maßnahmen zur Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen der Eisenbahnen des Bundes“ – mündlicher Bericht –
- 5 Eichenprozessionsspinner - Geplante Maßnahmen für 2024
Vorlage: B/17/4263-01
- 6 Invasive Arten im Ruhrgebiet / Oberhausen – mündlicher Bericht –
- 7 Allmende Emscher-Lippe
Beitritt der Stadt Oberhausen
Vorlage: B/17/4395-01
- 8 Antrag gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oberhausen: Berichterstattung zum Ruhrdeich anlässlich der jüngsten Hochwasserereignisse
Vorlage: A/17/4411-01
- 9 Sanierung des Ruhrdeichs durch die WBO – mündlicher Bericht –
- 10 Antrag der CDU-Fraktion gemäß § 2 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt - Rückzugsinseln für Insekten und Kleintiere
Vorlage: A/17/4434-01

Stadt Oberhausen	24.01.2024 15:00 Uhr	Umweltausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
21. Sitzung des Umweltausschusses Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1. Bestellung eines Schriftführers

Herr Dr. Jörg Schröer-Tebbe weist darauf hin, dass aufgrund personeller Veränderungen im Bereich Umwelt der Stadtverwaltung Oberhausen, ein neuer Schriftführer zu bestellen ist. Auf Vorschlag der Verwaltung soll Herr Daniel Gnoß als Schriftführer bestellt werden.

Der Umweltausschuss beschließt einstimmig die Bestellung des neuen Schriftführers Daniel Gnoß.

2. Haushaltssicherungskonzept 2024 ff. Vorlage: B/17/4376-02

Mit TOP 3 zusammen behandelt

3. Vorberatung Haushalt 2024 Vorlage: B/17/4327-01

Der Kämmerer der Stadt Oberhausen, Herr Tsalastras, weist in einer einleitenden Ausführung darauf hin, dass sich die Änderung der Gemeindeordnung in der Beratung des Landtages befindet. Ein Beschluss wird aus diesem Grund vorbehaltlich, unter Berücksichtigung des TOP 3, vorbehaltlich des Beschlusses auf Landesebene erfolgt., Grund: Diese Änderungen sind rückwirkend ab dem 31.12.2023 wirksam. Der aufgestellte Haushalt und das entsprechende Haushaltssanierungskonzept müssen den geänderten Gesetzen der GO entsprechen. Unklar sind derzeit die genauen Änderungen. Es wird vermutet, dass dies dennoch keine Probleme für die Stadt Oberhausen mit sich bringen wird. Alternativ zum vorbehaltlichen Beschluss wäre eben- dieser Beschluss hinfällig.

Die GO sieht vor, dass Kommunen mit negativen EK verpflichtet werden gem. Erlass ein Haushaltssicherungskonzept einzurichten. Bisher musste ein Haushaltsausgleich innerhalb von vier Jahren hergestellt werden. Diese Frist verlängert sich auf zehn Jahre. Die Umsetzung wird durch den größeren Zeitrahmen realistischer.

Änderungen gibt es auch in der Vorgehensweise, wie der Haushaltsausgleich umsetzbar ist. Kommunen haben Ertragsmöglichkeiten und Aufwandseinsparungen zu nutzen. Dies geschieht im Haushaltssicherungskonzept. Sollte dies nicht genügen kann ein globaler Minderaufwand geltend gemacht werden. Das bedeutet, dass am Ende des Ergebnisplanes dieser vom Aufwand abgezogen wird.

Bisher war 1% für Kommunen mit positiven Eigenkapital möglich. Nun werden es 2%. Nutzbar ist dieser globale Minderaufwand nun auch für Kommunen mit negativen Eigenkapital.

Stadt	24.01.2024 15:00 Uhr	Umweltausschuss
Oberhausen	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
21. Sitzung des Umweltausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Oberhausen wendet diese Möglichkeit umfassend an. Der Haushaltsausgleich sollte so im Jahr 2030 umgesetzt sein.

Der Kämmerer der Stadt Oberhausen schätzt die Vorgehensweise nach Gesprächen mit der Kommunalaufsicht - vorbehaltlich einer dortigen Prüfung - als Genehmigungsfähig ein.

Herr Flore fragt, wann der Friedhofsbedarfsplan fertiggestellt wird. Außerdem bittet er um Informationen über möglicherweise bereits bekannte Beträge bei der Hundesteuererhöhung. Des Weiteren bittet Herr Flore darum, die TOP 2 und 3 lediglich ohne Votum vor zu beraten.

Herr Jehn gibt an, dass der Friedhofsentwicklungsplan erstellt wird und im ersten Halbjahr 2024 vorgelegt werden soll.

Herr Tsalastras ergänzt, dass die Friedhofsgebühren aufgrund der insgesamt höheren Kosten wie Löhne, steigen werden. Die Berechnungen zur Hundesteuererhöhung begründen sich zunächst in einem Vorschlag für eine Einnahme i. H. v. 350.000,00€. Die Erhöhung beziffert sich auf 156,00€ auf 180,00€ pro Hund und ab zwei Hunden 288,00€. Wenn das Haushaltssicherungskonzept beschlossen wurde, wird dem Ausschuss und dem Rat die Änderung der Hundesteuersatzung zum Beschluss vorgelegt. Dies geschieht im Laufe des Jahres 2024.

Herr Baum möchte erfahren warum für die Ruhrdeicherneuerung im Haushalt über 80% der Kosten erst im Jahr 2025 bereitgestellt werden, während die Bauzeit acht Monate andauern und der Baubeginn im Sommer 2022 stattfinden sollte.

Nach Angaben des Herrn Tsalastras werden die Beträge von der Verwaltung übermittelt und von dort übernommen. Die Einschätzung zu notwendigen Planungszeiträumen und der Umbauphase wird dort gemacht. Die Mittel werden entsprechend der Bauphase eingesetzt.

Herr Dr. Palotz weist darauf hin, dass über den aktuellen Haushalt für das Jahr 2024 gesprochen wird. Der größte Teil der Mittel liegt allerdings im Jahr 2025. Die geplanten Mittel für das Jahr 2024 betragen 1.000.000,00€.

Herr Lütte erwähnt eine Fragenliste zum Haushaltssicherheitskonzept und wird sowohl von Herrn Dr. Schröer-Tebbe, als auch von Herrn Tsalastras gebeten, diese schriftlich zur Klärung in der Kämmererei einzureichen. Und anschließend, bei Klärungsbedarf, dies im Haupt- und Finanzausschuss anzusprechen.

Herr Bandel bittet um Weiterleitung der Antworten an alle Fraktionen des Ausschusses. Dies wird von Herrn Tsalastras und Herr Dr. Schröer-Tebbe unterstützt.

Herr Flore hält fest, dass es sich bei der Hundesteuererhöhung um einen Fixbetrag handelt und eine Stafflung auszuarbeiten ist. Fraglich ist für ihn ob die SPD-Fraktion Modellvorschläge bis zum Haupt- und Finanzausschuss vorlegen kann. Er begründet dies in den vielfältigen Modellen anderer Kommunen.

Herr Tsalastras bekräftigt, dass zunächst lediglich 350.000,00€ Einsparung durch eine Änderung der Hundesteuersatzung beschlossen werden. Erst dann werden dem Ausschuss und dem Rat eine konkrete Hundesteuersatzung vorgelegt, die beraten, geändert und beschlossen werden kann.

Herr Rudi erkundigt sich nach dem Sachstand der Verpackungssteuer ab dem Jahr 2026.

Herr Tsalastras erklärt, dass das Thema der Verpackungssteuer in das Jahr 2026 gelegt wurde, da die Umsetzung noch nicht rechtssicher ist. Andere Kommunen befinden sich bereits mit ersten Ideen im Rechtsstreit. Diese Vorgänge möchte man abwarten. Rechtssichere Modelle sollen dann zur Beratung vorgelegt werden. Dies geschieht möglicherweise erst im Jahr 2027.

Der Umweltausschuss hat die Drucksachen B/17/4376-01 und B/17/4327-01 ohne Votum vorberaten.

4. Aktueller Sachstand der Lärmsanierungsmaßnahmen in Oberhausen im Rahmen der Umsetzung des Bundesprogramms „Maßnahmen zur Lärmsanierung

Stadt Oberhausen	24.01.2024 15:00 Uhr	Umweltausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
21. Sitzung des Umweltausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

an bestehenden Schienenwegen der Eisenbahnen des Bundes“ – mündlicher Bericht –

-Entfall-

**5. Eichenprozessionsspinner - Geplante Maßnahmen für 2024
Vorlage: B/17/4263-01**

Herr Bandel merkt an, dass seitens der Verwaltung positive Handlungen zu erkennen sind, welche für zukünftige Maßnahmen motivieren. Spritzmittel sind aus seiner Sicht unumgänglich, da bisherige Tests mit einschlägig anwendbaren Pheromonen o. Ä. nicht die gewünschten Erfolge erzielt haben.

Herr Axt weist auf die Widersprüchlichkeit hin, auf der einen Seite Giftstoffe in der Natur vermeiden zu wollen und andererseits ebensolche in der hier besprochenen Sachlage anwenden zu wollen. Die Wirksamkeit möglicher Alternativen ist allerdings nicht feststellbar, weshalb die Vorlage aus seiner Sicht in der vorliegenden Form zu akzeptieren ist.

Der Umweltausschuss beschließt die Drucksache B/17/4263-01 einstimmig positiv.

6. Invasive Arten im Ruhrgebiet / Oberhausen – mündlicher Bericht –

Herr Rautenberg, von der „Biologischen Station westliches Ruhrgebiet e. V.“ hält einen Vortrag mittels Power-Point-Präsentation.

Herr Flore bittet um Informationen darüber, ob bereits Maßnahmen gegen eine, sich möglicherweise ausbreitende, Oberhausener Population der Waschbären ergriffen werden und falls dies der Fall ist, um welche es sich im Einzelnen handelt. Beispielhaft führt er eine große und wachsende Problematik in Berlin an. Darüber hinaus führt Herr Flore die Jagd auf Enten im Ruhrpark an und gibt zu bedenken, dass eine Jagd in der Bevölkerung keinen großen Zuspruch finden könnte. Fraglich ist für ihn, ob die Jagdbehörde, oder die untere Naturschutzbehörde zur Klärung anzusprechen ist.

Herr Werntgen-Orman schlägt vor entsprechende Informationen beim Jagdverband anzufragen und nachträglich der Niederschrift beizufügen. Tätig ist die zuständige untere Naturschutzbehörde bei der Bekämpfung der aufgrund einer bestätigten Meldung eines Hornissennestes asiatischen Hornisse. Aufwand und Kosten für die Stadt entstehen auch durch weitere Meldungen von Bürgerinnen und Bürgern. Es muss jeder Meldung nachgegangen und ggf. die Entfernung veranlasst werden.

Mit entsprechendem Aufwand ist die Stadt Oberhausen bereits seit mehreren Jahren gegen den Riesenbärenklau tätig. Statt chemischen Maßnahmen zu ergreifen, wird mittlerweile der Wurzelstrunk ausgefräst.

Herr Werntgen-Orman weist darauf hin, dass die angesprochenen Arten lediglich verringert, aber nicht mehr gänzlich vertrieben werden können.

Stadt Oberhausen	24.01.2024 15:00 Uhr	Umweltausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
21. Sitzung des Umweltausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Herr Flore bekräftigt, dass in der Bevölkerung eine Bejagung invasiver Tierarten kritisch gesehen werden könnte. Er bittet die Verwaltung darüber hinaus für eine der nächsten Sitzungen um die Erstellung eines Berichtes über den aktuellen Stand, welche invasiven Tierarten gegenwärtig in Oberhausen vorhanden sind und von welchen Arten zukünftig ggf. eine Gefahr ausgehen könnte. Hierbei nennt er den Waschbären als Beispiel.

Herr Bandel räumt ein, dass es in Oberhausen, auch aufgrund der unveränderlichen, urbanen Gegebenheiten, wenige Jagdreviere gibt. Herr Bandel fragt, ob es legitim wäre, aufgrund drohend hoher Kosten nicht gegen invasive Pflanzenarten vorzugehen. Mit Blick auf heimische Flora und Fauna und deren Verdrängungsgefahr weist er auch darauf hin, dass im schlimmsten Fall nicht nur die heimischen Pflanzen verdrängt werden, sondern auch die von ihnen abhängigen Nutzer ihren Lebensraum verlieren könnten. Dies würde eine Vermehrung der invasiven Pflanzen noch weiter verstärken. Eine spätere Reaktion könnte aus seiner Sicht erheblich höhere Kosten verursachen.

Herr Dr. Schröder-Tebbe merkt an, dass im Antrag auch der Aspekt der Pathogene angefragt war und entsprechende Informationen im Vortrag des Herrn Rautenberg nicht ausgeführt werden.

7. Allmende Emscher-Lippe Beitritt der Stadt Oberhausen
Vorlage: B/17/4395-01

Keine Wortmeldungen

Der Umweltausschuss berät die Drucksache B/17/4411-01 ohne Wortmeldungen mit großer Mehrheit, gegen die Stimme der AfD, zustimmend vor.

8. Antrag gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oberhausen: Berichterstattung zum Ruhrdeich anlässlich der jüngsten Hochwasserereignisse
Vorlage: A/17/4411-01

Zusammen mit TOP 9 behandelt

9. Sanierung des Ruhrdeichs durch die WBO – mündlicher Bericht –

Für Herrn Flore ist fraglich, ob der Bergbau im Rahmen der Ewigkeitsaufgaben in die Pflicht zu nehmen ist. Die Deiche wurden nach seiner Meinung in früheren Zeiten für den Bergbau abgesenkt. Er bittet Herr Schulze in seiner Präsentation darauf einzugehen, ob die drei Deichteile baugleich sind und ob diese auf Schlacke gebaut wurden, die durch den Bergbau dort entsorgt wurde.

Herr Flore gibt zudem die Bedenken der Einwohnenden wieder. Diese Sorgen sich nach seiner Einschätzung erheblich um die Sicherheit und Standfestigkeit des Deiches.

Herr Martin Schulze Betriebsleiter Kanäle und Straßen, der WBO hält einen Vortrag mittels Power-Point-Präsentation.

Im Jahr 2021 wurde, lt. Herrn Flore nach dem Sachstand gefragt und der Baubeginn sollte im Jahr 2022 sein. Herrn Flore macht keinen einzelnen Bereich der Stadtverwaltung Oberhausen für die den Zeitrahmen verantwortlich. Es ist ihm dennoch unklar, wie sich die lange Zeit erklärt

Stadt	24.01.2024 15:00 Uhr	Umweltausschuss
Oberhausen	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
21. Sitzung des Umweltausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

und bittet um zeitnähere Erledigungen.

Herr Lütte befürchtet durch die Spundwände höhere Fließgeschwindigkeiten in der Ruhr, wie es, nach seinen Worten, auch in der Mosel und im Rhein der Fall ist. Dort wurden Spundwände wieder rückgebaut. Des Weiteren wundert er sich darüber, dass auf dem besagten Deich Bäume wachsen dürfen und dass bisher noch kein Deichverteidigungsweg existiert. Er vergleicht dies mit der Situation in Ostfriesland. Dort sind die Deiche, nach seiner Ansicht, besser vorbereitet. Er kritisiert darüber hinaus, dass auf dem Deich Kühe gehalten werden und sich ebendiese nicht nur längs den Deich entlang, sondern auch überquerend fortbewegen. Herr Lütte schlägt vor, einen Schäfer zu bitten, eine Schafherde den Deich entlang zu führen um durch Rinderklauen entstandene Schäden zu schließen.

Herr Bandel führt an, dass das Hochwasser aus Dezember 2023 kein Problem für den Deich gewesen wäre, wenn es nicht die Schäden durch die Kuhherde gegeben hätte. Die Gefahrensituation begründete sich nach seiner Ansicht nicht im allgemeinen Zustand des Deiches. Das nicht Vorhandensein des Deichverteidigungsweges erachtet Herr Bandel als ärgerlich. Einen Unterschied zu gewesenen Situation hätte dieser allerdings nicht gemacht. Herr Bandel stimmt mit Blick auf stärker getroffene Regionen, zu, dass der Deich überplant werden muss.

Herr Jehn bekräftigt, dass es sich aus Sicht des Katastrophenschutzes nicht um einen Übungsfall gehandelt hat. Es handelte sich um einen, von der Bezirksregierung begleiteten Ernstfall. Herr Jehn und dankt nochmals den bis zu 1000 Einsatzkräfte vor Ort.

Herr Baum schließt sich den Ausführungen von Herrn Flore an und fragt, warum es zu Einsätzen des Martinshorns gekommen sei, wenn keine konkrete Gefahr bestanden hat und wie die Kommunikationswege im konkreten Ernstfall aussehen.

Es wurden und werden lt. Herrn Jehn mehrere Kommunikationswege genutzt. Die WAZ aktualisierte regelmäßig ihre Nachrichten. Auf den Facebook-Präsenzen der Stadt Oberhausen und der Oberhausener Feuerwehr und auf der Website der Stadtverwaltung Oberhausen wurden Informationen mitgeteilt. Die Warn-App Nina wurde ebenfalls bereits früh aktualisiert. Es wurde informiert und darauf hingewiesen, dass keine konkrete Gefahr herrschte. Herr Jehn gab Interviews für den WDR.

Darüber hinaus gibt es für das Notfallinformationsradio eine Partnerschaft zwischen der Stadt Oberhausen und den Lokalradios in den Städten Oberhausen und Mülheim, die im Ernstfall genutzt werden kann. Durch die Nutzung eines eigenen Radiostudios ist es möglich laufende Sendungen zu unterbrechen.

Herr Ingendoh lobt die Kommunikationspolitik der Stadt Oberhausen und führt beispielhaft eine Falschmeldung des WDR4 an, nach welcher es einen Deichbruch gegeben haben sollte. Nachdem die Stadt Oberhausen dies sofort dementierte, wurde die Meldung nach etwa einer viertel Stunde richtiggestellt. Herr Ingendoh bekräftigt, dass die zeitnahe Korrigierung für eine gute Informationspolitik seitens der Stadtverwaltung Oberhausen spricht.

Herr Bandel bezieht sich auf die Präsentation und erkundigt sich, ob mit der Spundwand auch Notaustritte geplant werden um bei Unfällen einen schnellen und sicheren Zu- / Ausgang zu finden.

Diese Zugänge sind lt. Herrn Schulze bereits jetzt vorhanden und sollen auch weiterhin erhalten bleiben.

Herr Baum erkundigt sich nochmals, warum es im Zusammenhang mit dem Deich zu Martinshorneinsätzen gekommen sei, wenn keine konkrete Gefahr bestanden hat.

Es wurden lt. Herrn Jehn, in 15 bis 16 Stunden, über 800m³ Schüttgut aus oberhausener Bezugsquellen zum Deich transportiert. Um diesen Vorgang nicht weiter zu verlangsamen, wurden diese Fahrten unter Einsatz des Blaulichts getätigt und meist von der Polizei begleitet. Einzelfäl-

Stadt Oberhausen	24.01.2024 15:00 Uhr	Umweltausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
21. Sitzung des Umweltausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

le für den Einsatz des Martinshorns können allerdings nicht ausgeschlossen werden.
Für Herrn Lenz ist fraglich, ob mit der Installation einer Spundwand eine problematische Erhöhung der Fließgeschwindigkeit der Ruhr einhergeht.
Herr Schulze antwortet, dass das Gesamtvolumen um 440m³ gesteigert wird. Es ist mit Gegenteiligem zu rechnen.

Herr Bandel führt an, dass das Hochwasser aus Dezember 2023 kein Problem für den Deich gewesen wäre, wenn es nicht die Schäden durch die Kuhherde gegeben hätte. Die Gefahrensituation begründete sich nach seiner Ansicht nicht im allgemeinen Zustand des Deiches. Das nicht Vorhandensein des Deichverteidigungsweges erachtet Herr Bandel als ärgerlich. Einen Unterschied zu gewesenen Situation hätte dieser allerdings nicht gemacht. Herr Bandel stimmt mit Blick auf stärker getroffene Regionen, zu, dass der Deich überplant werden muss.

Herr Jehn bekräftigt, dass es sich aus Sicht des Katastrophenschutzes nicht um einen Übungsfall gehandelt hat. Es handelte sich um einen, von der Bezirksregierung begleiteten Ernstfall.

Herr Jehn und dankt nochmals den bis zu 1000 Einsatzkräfte vor Ort.

Herr Baum schließt sich den Ausführungen von Herrn Flore an und fragt, warum es zu Einsätzen des Martinshorns gekommen sei, wenn keine konkrete Gefahr bestanden hat und wie die Kommunikationswege im konkreten Ernstfall aussehen.

Es wurden und werden lt. Herrn Jehn mehrere Kommunikationswege genutzt. Die WAZ aktualisierte regelmäßig ihre Nachrichten. Auf den Facebook-Präsenzen der Stadt Oberhausen und der Oberhausener Feuerwehr und auf der Website der Stadtverwaltung Oberhausen wurden Informationen mitgeteilt. Die Warn-App Nina wurde ebenfalls bereits früh aktualisiert. Es wurde informiert und darauf hingewiesen, dass keine konkrete Gefahr herrschte. Herr Jehn gab Interviews für den WDR.

Darüber hinaus gibt es für das Notfallinformationsradio eine Partnerschaft zwischen der Stadt Oberhausen und den Lokalradios in den Städten Oberhausen und Mülheim, die im Ernstfall genutzt werden kann. Durch die Nutzung eines eigenen Radiostudios ist es möglich laufende Sendungen zu unterbrechen.

Herr Ingendoh lobt die Kommunikationspolitik der Stadt Oberhausen und führt beispielhaft eine Falschmeldung des WDR4 an, nach welcher es einen Deichbruch gegeben haben sollte. Nachdem die Stadt Oberhausen dies sofort dementierte, wurde die Meldung nach etwa einer viertel Stunde richtiggestellt. Herr Ingendoh bekräftigt, dass die zeitnahe Korrigierung für eine gute Informationspolitik seitens der Stadtverwaltung Oberhausen spricht.

Herr Bandel bezieht sich auf die Präsentation und erkundigt sich, ob mit der Spundwand auch Notaustritte geplant werden um bei Unfällen einen schnellen und sicheren Zu- / Ausgang zu finden.

Diese Zugänge sind lt. Herrn Schulze bereits jetzt vorhanden und sollen auch weiterhin erhalten bleiben.

Herr Baum erkundigt sich nochmals, warum es im Zusammenhang mit dem Deich zu Martins-horneinsätzen gekommen sei, wenn keine konkrete Gefahr bestanden hat.

Es wurden lt. Herrn Jehn, in 15 bis 16 Stunden, über 800m³ Schüttgut aus oberhausener Bezugsquellen zum Deich transportiert. Um diesen Vorgang nicht weiter zu verlangsamen, wurden diese Fahrten unter Einsatz des Blaulichts getätigt und meist von der Polizei begleitet. Einzelfälle für den Einsatz des Martinshorns können allerdings nicht ausgeschlossen werden.

Für Herrn Lenz ist fraglich, ob mit der Installation einer Spundwand eine problematische Erhöhung der Fließgeschwindigkeit der Ruhr einhergeht.

Herr Schulze antwortet, dass das Gesamtvolumen um 440m³ gesteigert wird. Es ist mit Gegenteiligem zu rechnen.

Stadt Oberhausen	24.01.2024 15:00 Uhr	Umweltausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
21. Sitzung des Umweltausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache A/17/4411-01 und den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

**10. Antrag der CDU-Fraktion gemäß § 2 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt - Rückzugsinseln für Insekten und Kleintiere
Vorlage: A/17/4434-01**

Herr Bandel bittet den Umweltausschuss um Zustimmung, da diese einen, zwar nicht messbaren, aber dennoch vorhandenen Beitrag zur Artenvielfalt leisten kann.

Der Umweltausschuss beschließt die Drucksache A/17/4434-01 ohne Wortmeldungen und unverändert einstimmig.

Ende der Sitzung: 16:33 Uhr



Schröer-Tebbe
Vorsitzende/r



Gnoß
Schriftführer/in